

„Wir sind am Limit!“

DIE RHEINPFALZ

23.03.24

Viele der 430 Bewohner der Bayreuther Straße in West sind empört über den Plan der Verwaltung, in dem sozialen Brennpunkt ab Ende Juni 450 Geflüchtete in einer neuen Sammelunterkunft einzuquartieren. Bei einer Anwohnerversammlung haben einige über ihre Befürchtungen gesprochen.

VON CHRISTIANE VOPAT

In dem Konferenzraum im Heinrich-Pesch-Haus, in das die Stadtverwaltung die Bürger aus dem Stadtteil West eingeladen hatte, bleibt am Donnerstagabend kein Platz leer. Viele Bewohner aus der Bayreuther Straße und zahlreiche Mitarbeiter der Ökumenischen Fördergemeinschaft (ÖFG), die als Sozialarbeiter und Pädagogen in dem sozialen Brennpunkt am Stadtrand im Einsatz sind, sind gekommen, um sich über die überraschenden Pläne der Stadtspitze direkt bei den Verantwortlichen zu informieren.

„Wir haben lange und intensiv im Stadtvorstand diskutiert“, leitet Oberbürgermeisterin Jutta Steinruck (parteilos) ihren Vortrag über die Vorhaben der Verwaltung ein. Wegen der anhaltend hohen Zuweisungen an Geflüchteten nach Ludwigshafen sollen auf einem städtischen Acker gegenüber den Roten Blöcken in der Bayreuther Straße bis Ende Juni neue Unterkünfte in Modulbauweise für bis zu 450 Menschen entstehen. Auch eine Bewachung der neuen Wohnanlage ist nach Informationen von Sozialdezernentin Beate Steeg (SPD) geplant, und die Flüchtlinge sollen sozial betreut werden.

Sanierung soll beginnen

Baudezernent Alexander Thewalt (parteilos) versichert den Zuhörern unterdessen, dass demnächst auch die Sanierung ihrer Wohnhäuser in dem Einweisungsgebiet beginnen soll. Ab Anfang 2025 sollen die Roten Blöcke abgerissen und dann innerhalb von zwei Jahren durch Neubauten ersetzt werden. Anschließend sollen die Weißen Blöcke in den Jahren 2027/28 saniert werden. Ab dem kommenden Jahr sollen zunächst die Bewohner der Roten Blöcke in ein Ausweichquartier umziehen, das die Verwaltung auf einem gut genutzten Bolzplatz errichten lassen will.

Die Bewohner der Siedlung nehmen die Ausführungen der OB und der Dezernenten skeptisch auf, denn versprochen wird ihnen eine Verbesserung der Wohnsituation schon seit vielen Jahren. Aber das Projekt hat sich bisher aus vielfältigen Gründen immer wieder verschoben. Dass sich in den städtischen Einweisungsgebieten etwas ändern soll und muss, ist indes spätestens seit einem Prüfauftrag klar, den der Stadtrat bereits im April 2017 auf den Weg gebracht hatte. Steinruck betont: „Ich weiß, dass das Versprechen überfällig ist. Der Zeitplan ist greifbar. Darauf können Sie sich verlassen“, verspricht sie. Der Stadtrat übe Druck auf die Verwaltung aus.



Auf die angekündigte Sanierung der maroden Obdachlosenunterkünfte in der Bayreuther Straße warten die Bewohner seit vielen Jahren vergeblich.

ARCHIVFOTO: MORAY



Viele Bürger aus dem Stadtteil West und zahlreiche Mitarbeiter der Ökumenischen Fördergemeinschaft waren zu der Anwohnerversammlung im Heinrich-Pesch-Haus gekommen.

FOTO: EVO

Doppelt so viele Bewohner

Mit der Unterbringung von 450 Flüchtlingen in der Bayreuther Straße verdoppelt sich die Einwohnerzahl des sozialen Brennpunkts quasi nun auf einen Schlag. Die Bewohner richten daher Fragen zur Sicherheit, zu den entstehenden Kosten und alternativen Standorten für die Unterbringung von Geflüchteten an Steinruck, Thewalt und Steeg. Diese antworten,

dass die Stadt eine gute Partnerschaft mit der Polizei pflege und es im Umfeld der anderen Unterkünfte bisher keine Sicherheitsprobleme gegeben habe. Außerdem werde es einen Securitydienst in der Bayreuther Straße geben. Die Unkosten würden von Bund und Land übernommen, „also vom Geld der Steuerzahler, nicht aus dem städtischen Budget“. Alternative Standorte hätten nicht mehr zur Verfügung gestanden.

Auf eine Frage zu möglichen Gefahren für die Kindertagesstätte und den Hort in der Bayreuther Straße und die rund 50 Kinder sowie viele Jugendliche, die heute schon in dem Viertel leben, sagt Steinruck: „Es kommen keine Kriminellen, sondern Menschen, die Hilfe brauchen.“ Die OB hofft, dass sich die Bewohner des Quartiers und ihre künftigen neuen Nachbarn gegenseitig unterstützen und dass auch hier Freundschaften entstehen, so wie sie das an anderen Stellen in der Stadt erlebt habe.

Für die Ökumenische Fördergemeinschaft und andere Helfer in dem Quartier ergreift Pfarrerin Kerstin Bartels das Wort: Sie betont, dass die Sozialarbeiter und Pädagogen schon jetzt an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit seien. „Mehr können die nicht!“ Das mache ihr Sorgen, und sie wolle nicht noch mehr Resignation erleben in der Stadt und in dem besonderen Stadtteil. Auch eine Mitarbeiterin der Tafel bemerkt: „Wir sind schon lange am Limit.“

NOCH FRAGEN?

Der Ortsvorsteher der Nördlichen Innenstadt, Osman Gürsoy, will eine Sprechstunde in der Siedlung anbieten, um mit den Bewohnern ins Gespräch zu kommen. Für Anregungen und Fragen hat die Verwaltung eine Hotline geschaltet: 0621 504 3892, auch per E-Mail an buergerinformation-asyl@ludwigshafen.de gibt es Infos.